

Gewerkschaft NGG | Luisenstraße 38 | 10117 Berlin

Finanzausschuss des Bundestages
Christian Görke, Vorsitzender

Per Email: finanzausschuss@bundestag.de

Durchwahl | AnsprechpartnerIn
jerome.frantz@ngg.net, Jerome Frantz

Unser Zeichen | Unsere Nachricht vom
JF

Hamburg/Berlin 29.09.2026

Stellungnahme Referentenentwurf des BMF: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Görke,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als für die Tabakindustrie zuständige Gewerkschaft nimmt NGG gerne zum geplanten Gesetzesvorhaben Stellung.

Zunächst: Das Ziel, das mit der Tabaksteuererhöhung erreicht werden soll – Einnahmenerzielung oder Senkung der Raucherquote – ist im Entwurf genauso widersprüchlich, wie die Ausführungen zur Planungssicherheit, im Wissen, dass die Verabschiedung einer neuen EU Tabaksteuerrichtlinie konkret bevorsteht und sich daraus eher kurz- als mittelfristig erneuter Anpassungsbedarf ergeben wird.

Geht es um die Senkung der Raucherquote aus Gesundheitsgründen, sind keine Einnahmen in der avisierten Höhe erzielbar. Sollen Einnahmen erzielt werden in dem Umfang wie in der Drucksache avisiert, können und sollen die Gesundheitsziele nicht erreicht werden, denn es wird erwartet, dass die Menschen weiter im bekannten Umfang rauchen.

Geht es um Planungssicherheit, muss die europäische Tabaksteuerrichtlinie abgewartet werden. Wird diese nicht abgewartet, steht das Thema in allernächster Zukunft erneut auf der Tagesordnung. Bedeutet: keine Planungssicherheit.

Völlig unbearbeitet bleibt darüberhinaus die Frage, welche Auswirkungen die Steuererhöhung auf Beschäftigung und Betriebe in Deutschland haben wird. Eine Steuererhöhung ohne jedwede Folgenabschätzung für die Kolleg*innen in mitbestimmten, tarifgebundenen Unternehmen ist für uns nicht nachvollziehbar. Der Großteil dieser Arbeitsplätze liegt darüber hinaus in ländlichen und wirtschaftlich eher schwachen Regionen, wo die Kolleg*innen keine entsprechende Alternative finden werden.

Bei einer nicht nur moderaten, schrittweisen Erhöhung der Tabaksteuer sind mehrere hundert Arbeitsplätze, besonders im Feinschnittsegment, akut bedroht.

Wir plädieren daher dafür, dass das Tabaksteuermodell der letzten rund zehn Jahre, mit planbaren und moderaten Erhöhungen über einen längeren Zeitraum, erneuert und umgesetzt wird – so wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart („Bei der Tabaksteuer schreiben wir den geltenden Aufwuchspfad über das Jahr 2026 hinaus fort.“).

Der vorliegende Gesetzentwurf hält diese Vereinbarung nicht ein, im Gegenteil. Die jetzt geplanten Erhöhungsschritte für Zigaretten sind bis zu 4 mal so hoch, verglichen mit dem aktuell geltenden Tabaksteuermodernisierungsgesetz von 2022. Der Feinschnitt soll sogar um 83 Cent pro 30 g erhöht werden, was faktisch einer Angleichung an die Zigarettenbesteuerung bedeutet und damit mittelfristig das Aus für diese Produktkategorie – und somit auch unmittelbar für hunderte Arbeitsplätze.

Arbeitsplätze in der Tabakindustrie bedeuten aber auch für die Kommunen eine hohe Wertschöpfung. Das gilt einerseits für die lokale Kaufkraft durch die vergleichsweise hohen Tarifentgelte der Beschäftigten. Noch viel wesentlicher dürfte aber die Relevanz der Gewerbesteuern der jeweiligen Betriebe für die Kommunen mit Produktionsstandorten sein. Auf eine hoch verschuldete Kommune kommen massive Einnahmenverluste zu.

Aus diesen Gründen erwartet NGG **vor** jedweder Gesetzesänderung eine Folgenabschätzung, die sich ernsthaft und empirisch fundiert mit einer so entscheidenden Frage für noch immer rund 6.000 Beschäftigte in Deutschland auseinandersetzt. Ein leichtfertiges Beiseiteschieben bzw. politisches Ignorieren der Furcht um ihren Arbeitsplatz, ist für die Beschäftigten in der Branche, ihre Familien und die Menschen der betroffenen Kommunen nicht nachvollziehbar. Insbesondere in einer so polarisierten gesellschaftlichen Stimmung wie derzeit wird die Enttäuschung oder Verdrossenheit über „die Politik“ unnötig angeheizt.

Darüber hinaus gilt auch hier: die Erhöhung einer Verbrauchsteuer trifft die Konsument*innen mit geringeren Einkommen deutlich stärker als diejenigen mit höheren Einkommen. Eine solche Wirkung kann vor dem Hintergrund der ohnehin von den Preissteigerungen überproportional betroffenen ärmeren Haushalte und Konsument*innen nicht gewollt sein.

Keine Frage: Rauchen gefährdet die Gesundheit und es geht um öffentliche Maßnahmen, Menschen davon zu überzeugen. Der Ort, um diese Fragen zu diskutieren, ist aber weniger die Tabaksteuer, als die ebenfalls auf europäischer Ebene derzeit in Überarbeitung befindliche Tabakproduktrichtlinie (TPD3).

Hinzu kommt, dass jede Tabaksteuererhöhung mit einem Anwachsen des offensichtlich kaum einzudämmenden illegalen Handels einhergeht. Tabakerzeugnisse produziert an Orten, die deutlich entfernt sind von den Arbeitsbedingungen in Deutschland. In der Vergangenheit gingen Arbeitsplätze verloren, allerdings ohne dass sich die Zahl der Menschen nennenswert verringert hätte, die zu Tabakprodukten greifen. Deshalb muss jede Tabaksteuererhöhung mit einer gleichzeitigen Strategie der Eindämmung des illegalen Handels einhergehen. Diese ist seitens der Bundesregierung für uns derzeit nicht erkennbar.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Jerome Frantz